

**Geschäftsführung
Ausschuss für Umwelt und Grün**

Frau Bültge

Telefon: (0221) 221-23702

Fax : (0221) 221-26928

E-Mail: barbara.bueltge@stadt-koeln.de

Datum: 11.12.2009

**Auszug
aus dem Entwurf der Niederschrift der Sitzung des Ausschusses
Umwelt und Grün vom 03.12.2009****öffentlich****6.4 Baubeschluss zur Realisierung der Pilotanwendung einer umweltsensitiven Lichtsignalanlagesteuerung im Bereich Mülheim/Clevischer Ring 3249/2009**

RM Herr Bacher spricht sich namens der SPD-Fraktion für die Alternative 2 aus. Angesichts der Haushaltssituation der Stadt Köln sei es angebracht, nicht leichtfertig über 300.000 Euro in eine Pilotmaßnahme zu stecken. Die Alternative zeige, dass noch andere Möglichkeiten geprüft werden könnten, die die Überschreitung der zulässigen Grenzwerte verhinderten. Dies bedeute nicht, dass man keinesfalls für Maßnahmen stimme, wie sie der Verwaltungsvorschlag im Beschlusstext vorsehe.

Bürgermeister Herr Bartsch erklärt für die CDU-Fraktion, man könne prinzipiell der Aussage von Herrn Bacher zustimmen, wenn es keinen Luftreinhalteplan gebe und es nicht eine Pflichtaufgabe sei, ihn umzusetzen. Dies habe der Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, Herr Harzendorf, in der Sitzung des Verkehrsausschusses deutlich gemacht. Insoweit müsse man der Pilotanlage zustimmen.

RM Herr Dr. Welpmann zitiert aus dem Luftreinhalteplan von 2006, in dem es auf Seite 67 heiße: "Daher regt die Stadt Köln an, zu überprüfen, welche Schadstoffreduzierung durch den Einsatz der adaptiven umweltsensitiven LSA-Steuerung (Lichtsignalanlagen-Steuerung) erreicht werden kann." Im weiteren Text heiße es: "Die Abschätzung soll für die Ost-West-Achse im Bereich Neumarkt erfolgen."

Also sei aus dem Luftreinhalteplan nicht zwingend abzuleiten, dass am Clevischen Ring in Köln-Mülheim eine LSA-Steuerung eingesetzt werden müsse. Es sei zwar richtig, dass sie im Luftreinhalteplan angesprochen werde und eine mögliche wirksame Maßnahme zur Einhaltung der EU-Grenzwerte darstelle. Der Luftreinhalteplan schreibe sie jedoch nicht zwingend vor. Insofern werde die Tatsache, dass man keine Alternative habe, etwas verkürzt in der Vorlage dargestellt. Wenn dies so wäre, wäre Alternative 2 nicht zulässig.

Entscheidend sei nicht wie, sondern dass ab 01.01.2010 die EU-weit geltenden Luftgrenzwerte eingehalten werden. Diese betragen für den Parameter NO_x $40 \mu\text{g}/\text{m}^3$. Aus der Beschlussvorlage gehe jedoch hervor, dass man mit der vorgeschlagenen LSA-Steuerung nur auf $54 \mu\text{g}$ Jahresmittelwert komme. Somit seien weitere Maßnahmen, z.B. das Verbot der roten Plakette in der Umweltzone, zwingend erforderlich, würden aber wahrscheinlich auch noch nicht genügen, so dass eine Beschilderung mit Durchfahrtsverbot unumgänglich sei. Daher spreche sich die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen aktuell für die Alternative 2 aus, obwohl man wisse, dass es sein könne, im späteren Verfahren auf die Ampelsteuerung zurück zu kommen. Dies müsse aber in einem stadtweiten Gesamtkonzept geschehen. Der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen reiche es nicht, punktuell nur an einer Stelle so viel Geld auszugeben und die stadtweite Thematik immer noch nicht gelöst zu haben.

Herr Liebmann weist darauf hin, dass die LSA-Steuerung ein Pilotprojekt sei, welches nachweisen soll, ob sie als generelle Maßnahme an weiteren geeigneten Straßenabschnitten im gesamten Gebiet der Umweltzone umsetzbar sei. Insofern sei sie nicht nur auf den Clevischen Ring bezogen wie das LKW-Durchfahrtsverbot. Er betont, wenn das Pilotprojekt nicht durchgeführt werde, könne man diese Maßnahme auch nicht an anderen Punkten der Stadt erproben. Die in der Vorlage dargestellten Ergebnisse zeigten, dass erhebliche Minderungsmöglichkeiten bestünden.

Im Übrigen sei die Voruntersuchung zu 100 % vom Land Nordrhein Westfalen bezahlt worden. Allerdings sei man, sollte das Pilotprojekt nicht umgesetzt werden, wahrscheinlich nicht zu Rückzahlungen verpflichtet.

Die Maßnahme sei als solche im Luftreinhalteplan erwähnt und werde von der Bezirksregierung als 2. Säule neben der Umweltzone dargestellt. Die zeitliche Verschiebung der Verschärfung der Umweltzone im Sommer / Herbst 2009 wurde seitens der Bezirksregierung damit begründet, dass man zunächst andere Wirkungsanalysen untersuchen wolle, um dann zu entscheiden, ob die Umweltzone verschärft werden müsse.

Die Ergebnisse der Umweltzone seien klar, leichte Verbesserungen lägen vor. Aber die Grenzwerte, insbesondere bei NO_x , reichten nicht aus, um den heutigen Stand zu akzeptieren. Wenn die LSA-Steuerung als Maßnahme nicht realisiert werde, werde sich der Druck auf Verschärfung der Umweltzone erheblich verstärken. Der Luftreinhalteplan werde nach Abstimmung mit der Bezirksregierung anzupassen sein. Herr Liebmann weist ausdrücklich darauf hin, dass der bestehende Luftreinhalteplan mit LSA-Steuerung vom Rat beschlossen worden sei.

Ausschussvorsitzende RM Frau Dr. Müller fasst zusammen, sie habe die bisherigen Wortbeiträge nicht so verstanden, als ob die LSA-Steuerung generell fallen gelassen werden solle. Vielmehr sei klar, dass wahrscheinlich mehrere Maßnahmen notwendig seien und man mit einer anderen Maßnahme als der LSA-Steuerung kurzfristig beginne. Am Clevischen Ring habe man zudem nicht nur das Problem mit Stickoxyden, sondern auch mit Feinstaub.

RM Frau Welcker bezieht sich auf die Voruntersuchungen, die ergeben hätten, dass mit der im Verwaltungsvorschlag bevorzugten LSA-Steuerung eine dauerhafte Luftreinhaltung wahrscheinlich besser realisiert werden könne. Sicherlich könne man im Notfall auch noch ein LKW-Verbot verhängen. Ziel sollte jedoch ein dauerhaft besseres Stadtklima sein.

SB Herr Dr. Albach betrachtet das LSA-Projekt als eine Chance zur Innovation und Produktentwicklung, die man nicht einfach verstreichen lassen sollte. Stattdessen mit Verboten zu agieren, lehne er eindeutig ab. Man habe etwas entwickelt, wolle diese

Produktentwicklung weiter bringen und gegebenenfalls auch an anderer Stelle einsetzen. Deswegen spreche er sich im Namen der FDP-Fraktion unbedingt für die Durchführung dieses Pilotprojektes und gegen ordnungsrechtliche Maßnahmen aus, die auch noch schwierig zu kontrollieren seien.

Nach einer weiteren intensiven Diskussion, stellt die Ausschussvorsitzende die beiden angesprochenen Alternativen - Verwaltungsvorschlag und Alternative 2 - zur Abstimmung.

1. Ausschussvorsitzende Frau Dr. Müller lässt zunächst über den Verwaltungsvorschlag abstimmen:

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün empfiehlt dem Verkehrsausschuss, wie folgt zu beschließen:

Der Verkehrsausschuss beschließt, die im rechtskräftigen Luftreinhalteplan der Bezirksregierung Köln für das Stadtgebiet Köln (2006) vorgesehene notwendige Maßnahme zur Einhaltung der Schadstoffgrenzwerte in Form einer umweltabhängigen Signalplanauswahl für den Streckenzug „Clevischer Ring/Bundesautobahn-Ausfahrt Mülheimer Zubringer bis Bergischer Ring/Grünstraße“ in der Variante 2 durch punktuelle Optimierungen am Wiener Platz, Bergischer Ring/Danzierstraße und Clevischer Ring/Berliner Straße unter Berücksichtigung der bestehenden Fahrbahnaufweitung einschließlich der Dosierung des Verkehrs durch dynamische Pfortnerung nach Sicherstellung der Finanzierung zu realisieren. Die Finanzierung der Maßnahme ist im Haushaltsplan 2010 zu veranschlagen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt mit den Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der CDU- und FDP-Fraktion und der Fraktion Pro Köln

2. Anschließend stellt sie Alternative 2 zur Abstimmung:

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün empfiehlt dem Verkehrsausschuss, wie folgt zu beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt, bei einer Überschreitung der zulässigen Grenzwerte für die PM 10 bzw. NO₂-Immissionen geeignete restriktive verkehrliche Maßnahmen (z. B. Durchfahrtsverbote für LKW) anzuordnen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich zugestimmt mit den Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.